

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köster in Stettin.

Verleger und Drucker: N. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Neubaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 14. November. Die Verleihung des bayerischen Generalinspektors an den Prinzen Leopold von Bayern durch seinen Vater, den Prinzregenten Luitpold, entbehrt nicht eines gewissen militärpolitischen Interesses. Zunächst schaffte sie eine doppelte Garnitur; bekanntlich ist vor einiger Zeit Prinz Leopold vom deutschen Kaiser zum Generalinspektor der 4. deutschen Armeeinspektion ernannt worden, welcher die bayerischen zwei Armeeinspektoren „aggregiert“ sind. Der letztere Ausbruch ist gewiß, um die bekannte bayerische „oberste Kriegshierarchie im Frieden“ auszudrücken, aus welcher Sonderstellung dem eben auch die separate Ernennung des Prinzen zum bayerischen Generalinspektor entspringt. Diese beiden Inspektionen sind schon früher in Bayern friedlich neben einander vergegangen, freilich ohne Personalunion; vor seiner Übernahme des bayerischen Prinzregenschlusses (9. Juni 1886) war Prinz Luitpold selber bayerischer Generalinspektor, während über die 4. deutsche Armeeinspektion einschließlich der „aggregierten“ bayerischen zwei Armeeinspektoren bekanntlich der spätere Kaiser Friedrich als deutscher Kronprinz durch Ernennung Kaisers Wilhelm I. die Inspektion führte. Seit jenem 9. Juni 1886 hat allerdings die bayerische Armeeinspektion genutzt, doch ist das formelle Recht zu einer solchen Ernennung nach dem Verfall der Verträge vom 23. November 1870 mit der vorerwähnten „obersten Kriegshierarchie im Frieden“ dem Inhaber der bayerischen Generalinspektion nicht abzusprechen, so thätig als bedeutungslos auch die ganze Form genannt werden muß. Der Anlaß zu ihrer Ernennung war übrigens ein rein dynastisch familiärer; die älteste Tochter des Prinzen Leopold, Prinzessin Auguste von Bayern, vermählte sich einem österreichischen Erzherzog und zu dieser erkranklichen Gelegenheit hat der Prinzregent seinem Sohne die höchste in seinen Händen befindliche militärische Auszeichnung verliehen wollen.

Die Oppositionsstellungen der Gewerkschaften gegen den auf dem Parteitag in Köln gefassten Beschluß über die Gewerkschaftsfragen mehrten sich. In einer öffentlichen Volksversammlung in Magdeburg am 9. v. Mts. wurde zunächst eine Resolution Kees mit folgendem Wortlaut: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages auch in Bezug auf die Gewerkschaftsfrage einverstanden“ abgelehnt, dagegen wurde ein Antrag Hingst-Luz angenommen, der besagt: „Die Versammlung tadelt die Debatte über die Gewerkschaftsfrage auf dem Parteitag in Köln. Die Versammlung erklärt, daß es Pflicht eines jeden Parteigenossen ist, der Gewerkschaftsbewegung beizutreten, wenn ihn nicht zwingende Gründe davon abhalten.“ In Halle fand am letzten Mittwoch ebenfalls eine große Volksversammlung zur Stellungnahme zum Parteitag statt. Folgender Beschluß gelangte zur Annahme: „Die Parteiversammlung erklärt sich mit den Verhandlungen des Kölner Parteitages mit Ausnahme des Beschlusses über die Arbeiter einverstanden. Sie mißbilligt die Behandlung der Gewerkschaftsfrage seitens des Genossen Kees.“

Die deutsch-russischen Handelsvertrags-Delegationen werden, wie man erfährt, im Laufe dieser Woche mit der zweiten Lesung des Zolltarifs zu Ende kommen. Unmittelbar darauf — möglichst noch in dieser Woche, sonst aber, falls Minister v. Bötticher durch den Beginn der Reichstagsferien verhindert ist, zu Anfang nächster Woche — soll der Zolltarif abermals zusammengetreten, um sein Gutachten über die von russischer Seite in zweiter Lesung gemachten Zugeständnisse abzugeben und sich darüber zu äußern, auf welchen weiteren Zugeständnissen dieser in der dritten Lesung unbedingt beharrt werden muß. Was die russischen Delegierten während der zweiten Lesung des Zolltarifs eingebracht haben, ist weder an sich sehr beträchtlich, noch beruht es solche Gegenstände, auf deren Zollrückzahlung hier vorgeworfene Werte gelegt wurden; doch ist es immerhin als ein Zeichen dafür anzusehen, daß man in Russland zu einem gewissen Entgegenkommen bereit ist. Der Wert dieser entgegengesetzten Stimmung wird dadurch nicht beeinträchtigt, daß sie wahrscheinlich durch die Beobachtung der übigen Lage hervorgerufen ist, in die namentlich Südrussland in Folge der gegenwärtigen Zollfreiheiten gerathen ist. Die dort vorhandenen Getreidevorräte sind unverkäuflich, weil nicht bloß der deutsche Käufer ablehnt, den die Getreide-Differenzialzölle fernhalten müssen, sondern auch die Käufer aus anderen Ländern lieber von den Beständen zehren, als angesichts eines von ihnen für wahrscheinlich erachteten weiteren Preisrückgangs ihre Waarenbestände vermehren. Ein solcher Preisrückgang ist gewiß, wenn der deutsch-russische Handelsvertrag nicht zu Stande kommt; in diesem Falle würde der russische Produzent oder Händler gezwungen sein, die Bestände noch weit billiger als zu den jetzigen Notierungen herzugeben. Freilich würde die Reaktion, welche den Getreidepreis nach oben treibt, desto stärker sein, wenn der Vertrag zu Stande kommt, weil dann die Spekulation auf die Unverkäuflichkeit des russischen Getreides hinfallig wäre, und der deutsche Abnehmer zugleich mit dem Abnehmer aus anderen Ländern, namentlich aus England, sich in Russland einfinden und dort plötzlich eine große Nachfrage veranlassen würde. Die Generalregierung hätte übrigens nicht Ursache, diese Neutralität zu beklagen; sie könnte im Gegenteil darin ein Hilfsmittel zur Überwindung innerer Schwierigkeiten sehen: eine Befähigung wenigstens des größten Jannes der Agrarier. Es ist immerhin schwer, über eine Maßregel in dem Augenblick Mittheil zu bekommen, in welchem man durch sie Vorteile erzielt.

Daß der Zolltarif unter dem Druck seiner Verantwortlichkeit und im Hinblick auf die unzweifelhaften Schädigungen, die mit der Fortdauer des Zolltarifzustandes unbedingt verbunden sind, von allseitigen Forderungen abgesehen bereit ist, wurde bereits früher gemeldet. Auf gewisse werthvolle Zugeständnisse wird man aber dieserseits nicht verzichten dürfen. Hierbei sind wirtschaftliche, doch vielleicht in noch höherem Grade politische Rücksichten maßgebend. Man hat in Petersburg die Meinung, das eigene Gutsdünken für einig maßgebend zu halten und für die einzige Richtschnur des Verhaltens auch in Dingen, die nicht Russland allein angehen. Daß es dahin gekommen, ist nicht die ausschließliche Schuld einer von selber her vorhandenen Prädisposition, sondern die Schuld einer von Frankreich ausgehenden Verwundung. In Frankreich giebt es Russland gegenüber seinen Willen und, mit einer einzigen Aus-

nahme, vielleicht nicht einmal einen Wunsch. Das gilt aber nicht von Deutschland, und es darf auch nicht der Anschein erweckt werden, als könnte es von Deutschland gelten.

Wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist zu hoffen, daß die dritte Lesung des Zolltarifs, die im beiderseitigen Interesse zu erwünschende Verständigung bringen wird.

Der Verein aller Interessenten der Zigarren- und Tabakbranche von Berlin und Umgebung von 1892 hat an sämtliche Mitglieder der verbundenen Regierungen und des Reichstages eine Denkschrift, in der die Bedenken gegen die geplante Tabakfabriksteuer noch einmal zusammengefaßt werden. Es wird darin ausgeführt, daß nach der Aufstellung der Tabakfabriksteuer von 31. Dezember 1892 in 4582 Betrieben 106 998 Personen beschäftigt sind, zu denen mindestens noch 30 000 dem Versicherungszwange nicht unterliegende Hausarbeiter kommen. Außerdem waren schon nach der Tabaksteuer von 1878 im Ganzen 600 000 Zwischenhändler mit dem Verkauf von Tabak und Zigarren beschäftigt; heute konnte man 800 000 rechnen. Durch die neue Steuer würde sich der Zigarrenverbrauch zu Gunsten der Preise verschieben. Das hätte zur Folge, daß nicht weniger als 80 000 Zigarrenarbeiter brotlos würden, der Zwischenhändler nicht zu gedenken. Am Schluß heißt es:

„Der Herr Reichskanzler hat im Reichstage erklärt: „Wir prüfen jedes einzubringende Gesetz auf seine sozialpolitische Wirkung.“ Was wird nun die sozialpolitische Wirkung der geplanten Steuer sein? Der Unterschied zwischen Arm und Reich wird mit Gewalt vergrößert, der Mittelstand, dieser breite Untergrund unseres Volkes, vernichtet und die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen gemehrt. Daß dem nicht so werde, daß der Staat nicht selbst einen erheblichen Theil seiner Existenz brotlos mache und sie der großen Zahl der Unzufriedenen zugefalle, dafür zu sorgen ist Pflicht eines jeden Staatsmannes und darum fort mit allen Kräften, welche die Unzufriedenheit im Volke zu mehrern geeignet ist, darum fort mit der projektirten Tabakfabriksteuer, fort mit jeder ferneren Belastung des Tabaks.“

— Zum hannoverschen Spielerprozeß schreibt die „Magdeburger Ztg.“:

In mehreren Blättern war bereits die Entlassung der Offiziere angekündigt, die in dem Spielerprozeß in Hannover hervorgetreten waren. Es scheint dabei übersehen zu sein, daß die betreffenden Offiziere in der Gerichtsverhandlung in Hannover nur als Zeugen, nicht als Angeklagte erschienen sind; und darum kann es nur wenig wahrscheinlich, daß die dort gemachten Aussagen ohne nochmalige Prüfung der einzelnen Fälle benutzt werden sollen, um gegen die betreffenden Offiziere mit der härtesten Disziplinarstrafe vorzugehen. Der Wahrheit näher kommt offenbar die Meinung, daß auf Grund der Aktenbestände über die Bildung von Ehrengerichten auf ehrengerichtlichem Wege gegen alle Offiziere, die in den hannoverschen Prozeß verwickelt waren, vorgeschritten werden soll, und daß alle die unwürdigsten zur Verabschiedung werden eingegeben werden, die sich hierbei etwa gegen die Standesbeurteilung verweigern. Denn in dieser Aktenbestände wird ausdrücklich das Dazwischen und die Übernahme von Verpfichtungen, mit denen auch der Schein unredlichen Benehmens verbunden sein könnte, sowie überhaupt jedes Streben nach Gewinn auf einem Wege, dessen Ausrückung nicht klar erkennbar ist, zu den Handlungen gerechnet, die dem Rufe der Ehre und der Genossenschaft nachtheilig werden könnten. Ehrengerichtliche Erkenntnisse werden bekanntlich nicht verlinkt, und sie werden der Deffektivität nur in ihren Wirkungen bekannt. So wird es auch in diesem Falle sein und so erfüllt sich wohl die viel besprochene Mitteilung der „Kreuz-Zeitung“, daß die aus Anlaß der Vorgänge in Hannover getroffenen Maßnahmen nur innerhalb der Kreise bleiben werden, in denen die geringsten Vorurtheile statthaben haben. Viel ist diese Mitteilung beanstandet worden, in dessen wohl kaum aus triftigen Gründen. An der Fortsetzung des öffentlichen Skandals, den die Vorgänge in Hannover gebildet, kann von gewissen Kreisen abgesehen, Niemand gelegen sein. Wenn aber die weitere öffentliche Behandlung der Angelegenheit erwartet wird in der Voraussetzung, daß im engeren Kreise von Standesgenossen die Vorgänge eine mildere Beurteilung erfahren könnten, so dürfte doch bekannt sein, daß in Fragen, welche die Ehre der Offizierkorps berühren, die militärischen Ehrengerichte niemals nachsichtig sind. Im vorliegenden Falle dürfte der Urtheilspruch nur so strenger ausfallen, als im Offizierkorps selbst die Erbitterung über die Vorfälle, die ihm unter den Leuchtturm eines doch nur witzigen Bruchtheils der großen ehrenhaften Gesamtheit bereitet wurde, noch weit größer ist als in den Kreisen des Publikums selbst.

— Bekanntlich hat der Verband der deutschen Berufsvereinigungen sich der Aufgabe unterzogen, Normal-Unterschied-Verhältnisse-Vorarbeiten anzustellen, durch welche die in den bisherigen Vorschriften der Berufsvereinigungen vermittelte Uebereinstimmung in den Fällen, wo es sich um leichtartige Gefahren handelt, herbeigeführt werden soll. Die Ausarbeitung dieser Vorschriften ist seiner Zeit einer Anzahl von Sachverständigen, nämlich den Herren Ingenieur Branne, Ingenieur Gostlich, Direktor Kammann, Ingenieur Wölke, Ober-Ingenieur Schneider, Ingenieur Specht und Direktor Wengel, sämtlich aus Berlin, sowie ferner den Herren Ingenieur Gerken-Hagen i. W., Direktor Schwann-Köln, Gewerbe-Ingenieur Krumphorn-Münster und Ingenieur Dr. Oppler-Münster übertragen worden. Zur gemeinsamen Erörterung der inzwischen fertiggestellten Entwurfs waren die genannten Herren in den Tagen vom 6. bis 10. November hier in Berlin zusammengetreten. Das Reichsversicherungsamt hatte zu diesen Sitzungen die Herren Regierungsrath Professor Hartmann und Regierungsrath Platz delegiert. Eine Festlegung dieser Verhandlungen bezog eine zweite Lesung der gefassten Beschlüsse soll im Monat Dezember stattfinden.

— Im Anschluß an die bereits gemeldete Veranschlagung des Etats der Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1894/95 bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“:

In Ostafrika hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, die kaiserliche Schutztruppe erheblich zu verstärken, um die Karawanenstraßen in ihrer ganzen Ausdehnung gegen die Verwundung durch räuberische Stämme zu sichern und Übergriffe der letzten mit Erfolg entgegenzutreten. Es besteht die Absicht, die im Wirtschaftsplan für das laufende Etatsjahr mit 1100 Mann vor-

gefehene farbige Truppe auf 1800 Mann zu bringen und in 12 Kompanien zu je 150 Mann einzutheilen. Für die Chargenbesetzung der einzelnen Kompanien sind neben je einem farbigen Offizier und 10 farbigen Unteroffizieren an europäischem Personal der Kompaniechef und 2 Leutenants, ferner 1 Feldwebel, 1 Sergeant und 2 weitere Unteroffiziere in Aussicht genommen. Andererseits wird nach dem Vorschlage des Gouverneurs die im Wirtschaftsplan 1893/94 mit 400 Mann berücksichtigte farbige Küstenpolizei auf 240 Mann, abgesehen von den Chargen, verringert werden können. Die im Ganzen immerhin sich ergebende bedeutende Verstärkung der bewaffneten Macht im Schutzgebiete, die von sämtlichen Interessenten neben dem Gouverneur mit dem gleichen Nachdruck auch von den handelsbetreibenden Plantagenbesitzern und Missionaren gewünscht wird, hat eine weitere Steigerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben zur Folge, so daß es der beantragten Erhöhung des Reichszuschusses um eine Million Mark bedarf, um die Interessen des Schutzgebietes nach allen Richtungen hin in ausreichender Weise zu fördern. Es steht zu hoffen, daß mit der Wirksamkeit der verstärkten Schutztruppe Ruhe und Ordnung im Schutzgebiet sich beseitigen, Handel und Verkehr sowie der Plantagenbetrieb sich ausdehnen und damit auch die Erträge des Schutzgebietes wachsen werden. Im Wirtschaftsplan für 1893/94, bei dessen Aufstellung die Erwägungen wegen Regelung der dienstlichen Stellung des Gouverneurs und des Kommandeurs der Schutztruppe noch schwebten, waren für den Gouverneur 50 000 Mark, für den Kommandeur 25 000 Mark und für den Oberreichs 25 000 Mark, einschließlich 10 000 Mark Repräsentationsgelder, da er als Stellvertreter des Gouverneurs im Zivildienst gebacht war, vorgesehen. Anzuwies hat es sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen als zweckmäßig erwiesen, die Funktionen des Gouverneurs und des Kommandeurs in einer Person zu vereinigen und für die ständige Stellvertretung des Gouverneurs in den Geschäften der Zivilverwaltung einen besonderen Beamten zu bestellen, so daß der Oberreichs für diese Stellvertretung außer Betracht bleiben wird. Dementsprechend sind im vorliegenden Entwurfs die Beschlüsse für den auch die Obliegenheiten des Kommandeurs versehenen Gouverneur mit 50 000 Mk., für den Stellvertreter mit 25 000 Mk., für den Oberreichs mit 15 000 Mk. vorgesehen. Außerdem erscheint es gerechtfertigt, dem gegenwärtigen Stellvertreter des Gouverneurs, dessen Verwendung auch im Expeditionsdienste in Aussicht genommen ist, für diese Verwendung eine Zulage von 10 000 Mk. zu gewähren.

— Gegenüber der Mittheilung einzelner Blätter, wonach die Hierherkunft mehrerer süddeutscher Minister mit den in Bezug auf die Minister noch schwebenden Meinungsverschiedenheiten zusammenhänge, wird in der „Nordd. Allg. Ztg.“ darauf verwiesen, daß in den kommenden Tagen die Bundesratsverhandlungen über die Steuergefehrnisse stattfinden.

Berlin, 14. November. Das Absehungskommando (abgelehnte Befehlsgewalt) S. M. Schiffe „Jalisco“, „Häyne“, „Dulk“, „Echyd“, und „Fahrgang“, Transportführer Nordwest-Kapitän Becker, ist am 9. November in Ost-Palmas eingetroffen und hat am selben Tage die Heimreise nach Wilhelmshafen fortgesetzt.

Strasburg (Weipz.), 11. November. Der doppelt gewählte Pole v. Giarinski nimmt die Wahl in Strasburg an. In Koblenz kandidirt in Folge dessen der Prospekt Relegier.

Breslau, 13. November. Se. Majestät der Kaiser traf um 2 Uhr 50 Minuten auf dem hiesigen Centralbahnhof ein und setzte fünf Minuten später die Reise nach Kreuznach fort. Die Rückreise erfolgt Dienstag Abend 11 Uhr, die Ankunft in Berlin Mittwoch früh 7 Uhr.

Görlitz, 13. November. Aufsehen erregt hier die Meldung des „Neuen Sächsischen Anzeigers“, daß der Reiterfahrbild-Ausgleich (Vorfahre) Graf Finkenstein die Ueberweisung des Ueberführungs vom Kaiser Wilhelm-Denkmal an das Kaiser Friedrich-Denkmal ablehnte, dafür aber die Errichtung eines Noordenmals nach dem Entwurf Finkls in Charlottenburg beschloß. Der Feldmarschall Graf Noorden stand zu Görlitz in keiner direkten persönlichen Beziehung.

Kiel, 12. November. Die Schiffe der Nordseeflotte haben in den letzten vier Wochen in und vor der Kieler Förde, in der Osterföhrde, unter Feldman und Alsen Schieß- u. f. w. Übungen vorgenommen und werden, dem Vernehmen nach, in den nächsten beiden Wochen größere Uebungsfahrten in der Ostsee unternehmen. Ende November gehen die zur zweiten Division der Flotte gehörigen beiden Panzer „König Wilhelm“ und „Friedrich der Große“ aus der Ostsee nach Wilhelmshafen. Dort sollen diese beiden Schiffe, sowie die beiden Panzer „Deutschland“ und „Beowulf“ während der Wintermonate, wenn die Uebungen durch das Wetter beeinträchtigt sind, für die kommenden Frühjahrsoberübungen in Stand gesetzt werden. Beim Eintritt des Frühjahrssoll eine Neuformation der Mandersflotte erfolgen. Es ist zunächst noch nicht bestimmt, ob und inwiefern die Schiffe der sogenannten Sachsen-Klasse, die Panzer „Sachsen“, „Baben“, „Batern“ und „Wienberg“, an den fünfjährigen Uebungen theilnehmen werden. Auf sämtlichen Schiffen dieses Typs sind, wie in den befristeten Marinekreisen bestimmt verlautet, tief einschneidende Veränderungen in baulicher Beziehung und hinsichtlich der Ausrüstung geplant. Das ganze Oberdeck dieser Schiffe soll in Wegfall kommen und statt der jetzigen, für die moderne Kriegsführung nicht mehr ausreichenden Geschütze, sollen die Schiffe in Zukunft Schnellfeuerkanonen mit 25 cm Kaliberweite führen; auch neue Kessel und neue Maschinen, und zwar Hochdruckmaschinen, sollen die Schiffe erhalten. Dementsprechend ist zunächst vorgesehen, daß der Mandersflotte, welche nach dem Indiensthaltungsplan für 1894-95 aus acht Panzerschiffen 1., 2. und 3. Klasse und zwei Wiosos bestehen soll, die beiden neuen zunächst zu Probefahrten in Dienst gestellten Panzerschiffe 1. Klasse „West“ und „Brandenburg“, die beiden Panzerschiffe 2. Klasse „König Wilhelm“ und „Deutschland“ und das Panzerschiff 3. Klasse „Friedrich der Große“ abgegeben sollen; wegen der fehlenden drei Panzerschiffe ist noch keine Bestimmung getroffen. Als Geschütz- und Wiosos sind die beiden hiesigen Wiosos unserer Marine, der „Meteor“ und der „Komet“, anzuweisen. Außer der Mandersflotte zum 1. April eine reine Panzerfahrflotte, bestehend aus den vier Küstenpanzer-

zeugen 1. Klasse „Fritiof“, „Beowulf“, „Siegfried“ und „Hilbrand“, und eine Panzerreserve-division, bestehend aus einem Panzerschiff 3. Klasse, formirt. Die nachstehende Torpedobootsflotte endlich soll bestehen aus dem Wios „Wacht“, sechs Torpedobootsflottenbooten und achtzehn Torpedobooten.

Bremen, 11. November. Obgleich die über Bremen gehende Auswanderung in den letzten Monaten die Choleraepidemie des vorigen Jahres weit übertraffen hat, ist doch die Gesamtzahl der in diesem Jahre bis jetzt über hier Ausgewanderten hinter diejenige vom Vorjahre zurückgeblieben und wird kaum noch eingeholt werden können. Es wanderten über Bremen im Oktober d. Js. aus 6419 gegen 4615 im Jahre 1892, im Ganzen betrug die Zahl der Auswanderer vom Januar bis Oktober d. Js. 99 187 gegen 112 946 des Vorjahres. Im Vergleich mit Hamburg steht Bremen allerdings noch immer voran, denn in Hamburg betrug die Zahl der Auswanderer in diesem Jahre nur 54 253 gegen 103 545 des vorigen Jahres. Erfolgreich gegenüber solchen Nachfragen ist die Zunahme des bremischen Schiffsverkehrs, die zur Genugthuung Bremens fast ganz auf den Freihafen entfällt. In den Monaten Januar bis Oktober d. Js. kamen in den Unterwerfen: Bremerhaven, Vegesack, Geestmünde, Krake und Nordenham und Bremen-Stadt zusammen an 3440 Seeschiffe mit 1 682 402 Register-Tons gegen 3053 Seeschiffe mit 1 655 994 Register-Tons im gleichen Zeitraum des Jahres 1892. Das ist ein Mehr von 382 Schiffen mit 26 418 Register-Tons. Der Seeschiffsverkehr in Bremen-Stadt allein weist in dem genannten Zeitraum gegen das Vorjahr ein Mehr von 188 Schiffen und 74 574 Register-Tons auf.

Koburg, 11. November. Vom 15. November an tritt folgender Personalwechsel bei den Hofämtern ein: Präsident Dahmann in Koburg, Chef des Hofamts, Vorfahre der Richtenberger Hofkommissionverwaltung und Vorstand der Schlosshauptmannschaft, tritt unter Verleihung des Titels „Geheimrath“ in den Ruhestand. Weiterhin ist Prinz zu Bentheim von der repräsentativen Vertretung des Hofmarschallamts entbunden und unter Verleihung des Komturkreuzes des Ernährungs-Hausordens zur Disposition gestellt. Ferner ist der Kammerherr v. Kefowski von der Leitung der Schlosshauptmannschaft in Gotha entbunden; alle drei Entlassungen sind „auf Ansuchen“ erfolgt. Neu berufen wurden: der Flügeladjutant Egon Prinz von Ratibor und Norweh, zur Leitung des Hofmarschallamts, der zweite Flügeladjutant Rittmeister v. Staud zur Leitung des Hofmarschallamts und der Hofrath Hans Rothbart zur Leitung der Schlosshauptmannschaften in Koburg und Gotha und des herzoglichen Privatbureaus, mit dem Titel „Schlosshauptmann“.

Dresden, 13. November. Ihre Majestät die Kaiserin traf heute Nachmittag um 2 Uhr in Begleitung der Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein, des Grafen Dönhofst sowie der Hofdame Gräfin Keller auf dem böhmischen Bahnhof hier ein und wurde von Allerhöchster Mutter, der Herzogin von Schleswig-Holstein, herzlich begrüßt. Zum Empfang war der preussische Legationssekretär Prinz zu Hohenhausen anwesend. Das Publikum brachte Ihrer Majestät herzliche Rundgebungen dar.

Dresden, 13. November. Ihre Majestät die Kaiserin ist heute Abend mittelfest Sonderzuges nach Potsdam abgereist, nachdem Allerhöchstdieselbe sich von der Herzogin von Schleswig-Holstein auf dem böhmischen Bahnhof in herzlichster Weise verabschiedet hatte.

Strasburg, 13. November. Einzelne Blätter verbreiten die Nachricht, daß die zur Gruppe der Kaiserlichen Reichstagsabgeordneten als Hospitanten ins Zentrum eintreten würden. Diese Meldung ist verfrüht; definitive Entscheidung erfolgt in einer morgen in Strasburg stattfindenden Zusammenkunft der betreffenden Abgeordneten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. November. Wie hier gerichtlich verlautet, soll der englische Vorkämpfer Mission nach Konstantinopel verlegt werden.

Ueber das dem Handelsvertrage widersprechende Vorgehen Serbiens sind neuerlich Klagen eingelaufen.

Frankreich.

Paris, 13. November. Zu Besancon wurden zwei Anarchisten wegen Verbreitung von Plakaten verhaftet, in denen das Attentat in Barcelona verherrlicht wird.

Paris, 13. November. Nach einer Meldung des „Tamps“ aus Rotom soll General Dobbs Aschier eingekommen haben, wo Behanzin seine Residenz aufgeschlagen hatte. Die Dapomeyer sollen sich unterwerfen und 400 Gewehre, 4 Kanonen und Munition ausgeliefert haben. Wie der „Tamps“ weiter meldet, hätte General Dobbs Abgesandte der benachbarten Stämme empfangen, welche das Versprechen abgegeben, Behanzin an der Flucht zu verhindern. Eine offizielle Bestätigung dieser Meldung des „Tamps“ fehlt.

Italien.

Rom, 11. November. In unserem letzten Briefe berichteten wir, daß der „Popolo Romano“ als letztes Mittel, aus der misslichen Finanzlage herauszukommen, eine Aenderung in der inneren Politik, d. h. den Austritt aus dem Dreibunde, vorschlug. Dies hat selbstredend hier eine große Erregung hervorgerufen, zumal genannte Zeitung bisher ein erklärter Freund des Dreibundes war und als Organ Giolittis bekannt ist. Die französischen und italienischen Blätter vom Schlage des „Messager“ schwimmen in Entzücken und sind nicht wenig stolz darauf, daß sie diesen Vorschlag, den jetzt endlich ein Regierungsoffizier vorbringen mußte, schon stets als den einzig richtigen gepredigt hätten. Einige Blätter, wie z. B. die „L'Italia“ hingegen, verhehlen ihr Ersauern über die Sprache des „Popolo“ nicht und weisen die Zustimmung desselben mit Entschiedenheit zurück. Es ist nicht zu leugnen, daß die Stimmung Deutschlands gegenüber zur Zeit nicht die beste ist. In der Stunde der Noth richteten sich die Blätter Italiens an Berlin. Man war sehr überzeugt, daß von dort Hilfe kommen werde, und daß dort wenig-

stens energisch der französischen Baisse-Spekulation entgegengetreten werden würde. Man hatte sich getäuscht, und jede Enttäuschung hinterläßt einen bitteren Beigeschmack. Daß man aber deshalb an dem Dreibunde rütteln wollte, dieser Gedanke kann nur in den Köpfen der Franzosenfreunde aufkommen. Die Regierungsoffiziere sowohl wie die Minister betonen ausdrücklich bei jeder passenden Gelegenheit ihre Bundesstreue und Friedensliebe und wer dürfte letztere der Unwahrheit und Falschheit zeihen? Auffallend ist, wie gesagt, daß gerade der „Popolo Romano“ mit einem Austritt aus dem Dreibunde droht, aber kann nicht auch einmal ein bündestreuer Journalist eine „schwache Stunde“ haben?

Im gestrigen Ministerrath wurde über die Neubesetzung des durch den Tod Senalas erledigten Postens des Ministers der öffentlichen Arbeiten verhandelt. Wie verlautet, kam man überein, das Portefeuille noch nicht zu vergeben, sondern erst die ersten Sitzungen der Kammer abzuwarten. Unterminirt ist die Verwaltung dem Kammerpräsidenten Zanardelli übertragen worden. Ob derselbe angenommen hat, ist noch nicht bekannt. Der Eintritt Zanardellis in das Ministerium, wenn auch vorläufig nur interimistisch, hat, wie oft betont, seine Bedeutung, indem die mächtige Gefolgschaft desselben zu Diensten des Kabinetts stehen wird.

Die gestern erfolgte Verhaftung des Befähigten und Direktors des „Popolo Romano“, Chauvet, erregt großes Aufsehen. Chauvet ist beschuldigt, an einer großen Falschfälschung in Neapel, ausgeführt von einem gewissen Pinto aus Novara, Beihilfe geleistet zu haben. Mit ihm wurde Kom. Sallina, Generaladjunkt, in Haft genommen.

Der Papst wird am 16. d. Mts. im St. Peter für die ebriolischen Pilger eine Messe feiern. Kürzlich auftauchende Gerüchte von einer ernstlichen Erkrankung des Papstes sind unwahr. Der Papst hatte sich leicht erkältet und sagte auf Wunsch seines Leibarztes eine angelegte Audienz der Ritter des Ordens „Pro Ecclesia et Pontifice“ ab. Jedoch am selben Tage erlebte der Papst die Weise in seiner Privatkapelle und konfertierte mit dem Kardinal Rampolla. Durch die Abgabe der Audienz scheint jenes Gerücht entfallen zu sein.

Der Papst überreichte dem Zaren ein Exemplar von dem von der montenegrinischen Kirche angenommenen Missale in albanischer Sprache. Den Band umgiebt ein in Gold gestickter Einband.

Rom, 13. November. Der durch den Tod Lord Bivians erledigte englische Vorkämpferposten soll mit dem bisherigen Konstantinopler Vorkämpfer Ford besetzt werden.

Spanien und Portugal.

Madrid, 8. November. Daß nach alledem, was wir bisher schon an Traurigem in diesem Jahre hier erlebt haben, daß nach den Ereignissen von Melilla, nach dem furchtbaren Unglück von Santanar noch ein weiterer, in vieler Beziehung noch schlimmerer Schlag erfolgen würde, der die ganze Gesellschaft in ihren Grundfesten erschütterte, hätte man sich gestern nicht für möglich gehalten, und doch übertrifft der neueste unheimliche Anschlag der Anarchisten in Barcelona das bis jetzt Dagewesene. Diese niederträchtige Ermordung von Menschen, die an den gegenwärtigen sozialen Zuständen vollkommen unschuldig sind, ist so unnatürlich, so barbarisch, daß ein Schrei der Wuth sich der Volkssee entragt und man von einem Gede der Halbinsul bis zum anderen die Verleumdung und Anstiftung dieser Verbrechen verlangt. — Die Feder sträubt sich gegen eine Schilderung des entsetzlichen, blutigen Anblicks, den das eben noch von frohen Menschenkindern belebte Theater in Barcelona gewährt. Die Zahl der Opfer ist bereits auf 24 gestiegen, und man befürchtet, daß noch mehrere der Schwerverwundeten die nächsten Tage nicht überleben werden. Weiter befindet sich, wie die Telegramme melden, unter den Toten auch ein Deutscher, Theoph. Roggenburg; ferner zwei Franzosen, die eben in Barcelona angekommen waren, und eine junge Italienerin, die Schwester der Sängerin Damerini. Martinez Campos war nicht im Theater anwesend; der Anschlag konnte also auch nicht gegen ihn gerichtet gewesen sein. Unter den Trümmern fand man noch drei Bomben. Man mag nicht annehmen, was geschehen wäre, wenn auch diese noch geplatzt wären. Der eine der beiden sofort Verhafteten ist ein Italiener, Namens Alberto Salami, der sich beim Verhör mehrfach in Widersprüche verwickelte, der andere, ein Franzose, ist der Polizei als extremer Anarchist schon von früher her bekannt. Bestätigt sich ihre Schuld, so werden sie der gerechten Strafe sicherlich nicht entgehen.

Madrid, 13. November. Aus Melilla wird gemeldet: Gestern Abend 10 Uhr drangen die Araber auf das spanische Gebiet vor und eröffneten sofort ein lebhaftes Geschützfeuer gegen die Stadt und die Forts, welches von spanischer Seite erwidert wurde. Das Feuer wurde während der ganzen Nacht unterbrochen. Heute Vormittag gegen sich die Araber in ihre Befestigungen zurück und setzten von dort das Feuer mit Unterbrechungen fort. Durch Ausschiffung eines weiteren Regiments ist die Garnison von Melilla auf 11 000 Mann gestiegen.

Großbritannien und Irland.

In den Industrie- und Handelskreisen Englands ist man mit der geschäftlichen Phygnomie des laufenden Jahres sehr wenig zufrieden. Allgemein beklagt wird die zunehmende Unthätigkeit und Unbilligkeit der geschäftlichen Verbindungen, der Mangel an Thakraft und Unternehmungsgestalt seitens der Arbeitgeber, an Arbeitslust und Arbeitsleistung seitens der Arbeiter. Die fortwährenden Streiks, die Schärung des Klassenhasses schwächen den wirtschaftlichen Organismus des Landes, berauben ihn seiner Widerstandsfähigkeit gegen den ausländischen Wettbewerb und legen einem Wiederaufschwunge des Erwerbslebens die größten Schwierigkeiten in den Weg. Dazu kommt noch der weitere Rückgang des Silbers in Folge der währungsrechtlichen Maßregeln in den Vereinigten Staaten und Indien, endlich die immer noch prekäre Lage auf internationalen politischen Gebiet.

London, 13. November. Oberhaus. Nachdem das Haus die zweite Lesung der Sparmassenbill angenommen hatte, verlas die folgende Resolution.

Serbien.

Belgrad, 13. November. Die Stupschina

d. einige Besorgniß.